**Stadt Kamen** **Niederschrift**

# UKA

über die
1. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses
am Montag, dem 20.10.2014
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

SPD
- Herr Heinrich Behrens
- Herr Thomas Blaschke
- Frau Kerstin Heidler
- Herr Peter Holtmann
- Herr Gökcen Kuru
- Herr Friedhelm Lipinski
- Frau Ursula Müller
- Herr Volker Sekunde
- Herr Theodor Wältermann

CDU
- Herr Karsten Diederichs-Späh
- Herr Dirk Ebbinghaus
- Herr Ingolf Pätzold
- Herr Hans-Heinrich Wortmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Herr Timon Lütschen

DIE LINKE / GAL
- Herr Andreas Meier

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzausschusses
- Herr Heinrich Hellekemper
- Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FW/FDP
- Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
- Herr Heinz Henning
- Herr Ulrich Klein

Verwaltung
Herr Matthias Breuer
Herr Reiner Brüggemann
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Frau Ulrike Klein
Herr Uwe Liedtke

Gäste
Herr Haona, B.A.U.M. Consult GmbH, Hamm
Herr Stefan Helmken
Herr Mihajlovic, B.A.U.M. Consult GmbH, Hamm

Entschuldigt fehlten
Herr Michael Krause
Herr Adrian Mork
Frau Ina Scharrenbach
Herr Martin Wiggermann

Auf die in der Niederschrift hingewiesenen Präsentationen aus der Sitzung am 20.10.2014 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Blaschke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des neu gebildeten Umwelt- und Klimaschutzausschusses, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, Zuhörer/innen sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

## A. Öffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|---|---|---|
| 1 | Verpflichtung der Ausschussmitglieder | |
| 2 | Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses und Durchführung der Einwohnerfragestunde | 107/2014 |
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
| 4 | Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Umwelt- und Klimaschutzausschusses | 103/2014 |
| 5 | Verpflichtung der Sachverständigen | |

| | | |
|---|---|---|
| 6 | Klimaschutzkonzept für die Stadt Kamen<br>Vorstellung der Methodik durch das beauftragte Büro BAUM Consult GmbH, Hamm | |
| 7 | Lärmaktionsplan der Stadt Kamen – 2. Stufe<br>Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 8 | Luftreinhalteplan<br>Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 9 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

**B. Nichtöffentlicher Teil**

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|---|---|---|
| 10 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |
| 11 | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung | |

**A. Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Verpflichtung der Ausschussmitglieder

Herr **Blaschke** verpflichtete folgende anwesenden sachkundigen Bürger des Umwelt- und Klimaschutzausschusses:

Herr Heinrich Behrens
Herr Volker Sekunde
Herr Ingolf Pätzold
Herr Hans-Heinrich Wortmann
Herr Timon Lütschen
Herr Andreas Meier

Zu TOP 2.
107/2014 Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses und Durchführung der Einwohnerfragestunde

**Beschluss:**

Der Umwelt- und Klimaschutzausschuss der Stadt Kamen beschließt, dass für die gesamte Wahlperiode des Rates eine Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Umwelt- und Klimaschutzausschusssitzung aufgenommen wird.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
Einwohnerfragestunde

Herr **Gerhard Kielmann** meldete sich zu Wort und erkundigte sich, ob die von der Firma Car-Glass ausgehenden Lichtemissionen im zulässigen Rahmen liegen würden. Als Anwohner der Unnaer Straße fühle er sich gestört.

Herr **Liedtke** sagte Herrn Kielmann zu, das Thema mit ihm in einem persönlichen Gespräch im Detail zu erörtern.

Zu TOP 4.
103/2014 Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Umwelt- und Klimaschutzausschusses

**Beschluss:**

Zu den Sitzungen des Umwelt- und Klimaschutzausschusses sind Sachverständige der nach §§ 3 u. 5 Umweltrechtsbehelfsgesetz (URG) anerkannten Naturschutzverbände (BUND, NABU, LNU) einzuladen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
Verpflichtung der Sachverständigen

Herr **Blaschke** teilte mit, dass die Sachverständigen, Herr Friedhelm Retzlaff, Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel und Herr Heinrich Hellekemper bereits in der Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses am 08.09.2014 verpflichtet worden seien.

Zu TOP 6.

Klimaschutzkonzept für die Stadt Kamen
Vorstellung der Methodik durch das beauftragte Büro BAUM Consult GmbH, Hamm

Einleitend erläuterte Herr **Liedtke**, dass der Rat der Stadt Kamen durch Beschluss vom 07.03.2013 die Verwaltung beauftragt habe, ein integriertes kommunales Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Ziel sei hierbei eine deutliche Verstärkung der Klimaschutzaktivitäten im Stadtgebiet. Im Juni 2013 sei eine Erstberatung durch das Büro B.A.U.M beauftragt worden. Die Ergebnisse aus dieser Erstberatung seien im Planungs- und Umweltausschuss am 27.01.2014 vorgestellt worden. Zur umfassenden Information, insbesondere der neuen Ausschussmitglieder, werde Herr Mihajlovic in seinem Vortrag auch die Ergebnisse der Erstberatung vorstellen. Details darüber seien auf der Homepage (www.klimaschutz-kamen.de/ initialberatung/) und im Ratsinformationssystem zu finden.
Zur Finanzierung des Klimaschutzkonzeptes erklärte Herr Liedtke, dass beim Bundesumweltministerium ein Förderantrag gestellt worden sei, der mit einer Förderquote von 85 % bewilligt worden sei. Bei Gesamtkosten von 68.000 € würden 57.800 € an Fördermitteln gewährt werden, sodass nunmehr das Büro B.A.U.M gebeten worden sei, die Stadt Kamen bei der Aufstellung des Klimaschutzkonzeptes zu unterstützen. Der Bearbeitungszeitraum, der auch vom Bundesumweltministerium vorgegeben worden sei, laufe für die Zeit von Oktober 2014 bis Oktober 2015. Daher werde sich der Umwelt- und Klimaschutzausschuss voraussichtlich bei jeder Sitzung mit der Thematik beschäftigen. Aus heutiger Sicht werde bei der nächsten Sitzung des Umwelt-und Klimaschutzausschutzes im Frühjahr 2015 das Büro B.A.U.M einen Zwischenbericht geben.

Herr **Mihajlovic** vom Büro B.A.U.M Consult GmbH stellte in einem Vortrag die Methodik zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes vor. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr **Blaschke** dankte Herrn Mihajlovic für die Ausführungen.

Herr **Mihajlovic** unterstütze die Ausführungen von Herrn **Diederichs-Späh**, dass möglichst früh durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit die Hauseigentümer zu einer Gebäudesanierung angeregt werden müssten. Die Gebäudesanierung stelle sicherlich eine der größten Herausforderungen neben der Verkehrsentwicklung dar. Nicht unwesentlich seien die Einflüsse des demografischen Wandels.

Auf die Anregung von Herrn **Diederichs-Späh**, die Bürgerschaft bereits im Frühjahr 2015 in den Prozess einzubinden, erwiderte Herr **Mihajlovic**, dass nach seinen Erfahrungen die frühe Einbindung der Bürgerschaft in den jetzt stattfindenden Erarbeitungsprozess nicht sinnvoll sei, da noch keine Ergebnisse zur Umsetzung vorliegen würden und das Thema sehr emotional verfolgt würde. Wenn frühzeitig über die hohe Kostenintensität der Gebäudesanierung offen diskutiert werde, sei das Thema zu negativ belastet. Der Zeitpunkt der Einbindung der Bürgerschaft sei mit der Verwaltung abzustimmen. Zielführend sei es, bestimmte Anreiz- und Beratungsmodelle im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes zu entwickeln. Hier sei z.B. die Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW und der größten Wohnungsbaugesellschaft denkbar. Es handele sich nicht um einen Prozess, der in den nächsten 10 Jahren fertiggestellt werde, daher sei die Vorgehensweise sehr zu bedenken.

Auf die Frage von Herrn **Diederichs-Späh**, ob nur der Stromverbrauch der Privathaushalte, der lediglich 15-16% am Gesamtverbrauch ausmache oder auch der gewerbliche Stromverbrauch berücksichtigt werde, erläuterte Herr **Mihajlovic**, dass auch der Stromverbrauch der Gewerbebetriebe, des Handels und der Dienstleister eine entscheidende Rolle spielen würde. In den laufenden Prozess würden die Wirtschaftsförderung, die Wirtschaftsverbände und Unternehmer eingebunden werden, da hier die größten Potentiale der Energieeffizienz liegen würden.

Auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** teilte Herr **Mihajlovic** mit, dass ausschließlich für die Stadt Kamen die Bilanz, die Potentiale und das Szenario erstellt werden. In diese Erarbeitung würde der Kreis Unna einbezogen werden. Möglicherweise würde es kreisweite Konzepte geben, die eingebunden werden könnten oder denen man sich anschließen könnte.

Herr **Wortmann** stellte sich als sachkundiger Bürger, Landwirt und Vertreter der Landwirtschaft im Kreis Unna den Ausschussmitgliedern vor. Er habe den Darstellungen von Herrn Mihajlovic entnommen, dass der Ausbau der Biomasse deutlich gesteigert werden solle. Als Landwirt und Biogasanlagenbetreiber unterstehe er dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Er frage sich, was die gesteckten Ausbauziele nützen würden, wenn nach dem EEG ab 01.08.2014 kein Landwirt oder Unternehmer mehr in die Produktion erneuerbarer Energien einsteigen werde, weil es sich nicht mehr lohne. Die Landwirtschaft stehe bereit, die Potentiale seien gegeben, allerdings müsse das EEG überarbeitet werden.

Herr **Stalz** äußerte für die Freie Wähler/FDP-Fraktion, dass beim Kreis Unna bereits seit einem Jahr ein Klimaschutzkonzept besprochen werde und man hätte sich schon längst mit diesen Fachstellen in Verbindung setzen können.

Herr **Mihajlovic** antworte auf die Äußerung von Herr Stalz, dass das Büro B.A.U.M zunächst beauftragt worden sei, eine Initialberatung durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt sei noch nicht bekannt gewesen, dass auch das große integrierte kommunale Klimaschutzkonzept erstellt werden sollte. Eine Beauftragung diesbezüglich sei erst Anfang Oktober erfolgt. Im Rahmen der Initialberatung sei die Einbindung des Kreises Unna nicht erfolgt. Wäre im Vorfeld bekannt gewesen, dass die finanziellen Mittel für die Erstellung des Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes bereitgestellt werden, hätte man sicherlich die Informationen des Kreises Unna in die Erhebungen aufnehmen können.

Auf Nachfrage von Herrn **Stalz** erläuterte Herr **Mihajlovic**, dass das Integrierte kommunale Klimaschutzkonzept bis Ende September 2015 fertiggestellt werde.

Im Hinblick auf die Frage von Herrn **Stalz**, welche Daten der Energieverbräuche in die Bilanz aufgenommen werden würden, erklärte Herr **Mihajlovic**, dass die Energieversorger zuverlässige Daten über die Energieverbräuche der Privathaushalte, der Industrie und der Dienstleister liefern würden. Sollten diese Daten von den Energieversorgern nicht geliefert werden können, würde es auch bundesweite Werte geben, die man umrechnen könnte.

Herr **Stalz** erkundigte sich, ob andere Kommunen bereits Erfahrungen gemacht hätten, wie realistisch die Umsetzung der Ziele sei.

Herr **Mihajlovic** erläuterte diesbezüglich, dass in der Gemeinde, die sie als erstes betreut hätten, mittlerweile ein Klimaschutzmanager eingestellt worden sei und hierfür eine Förderung gewährt worden sei. Man habe dort für den Bereich Windenergie und Gebäudesanierung weiteres Personal eingestellt. Da die Klimaschutzkonzepte erst in den letzten 3-4 Jahren erstellt worden seien, würde es noch relativ wenig Erfahrungswerte geben. Grundsätzlich würde die Möglichkeit bestehen, im Rahmen der Folgeförderung, z.B. die Kosten eines Klimaschutzmanagers, finanziert zu bekommen.

Auf die Frage von Herrn **Stalz**, ob vorrangig kommunale Einrichtungen und weniger Einzelverbraucher und die Industrie die Maßnahmen umsetzen würden, erläuterte Herr **Mihajlovic**, dass lediglich Handlungsempfehlungen aufgezeigt würden und niemand zur Umsetzung gezwungen werden könnte. Durch den Prozess, an dem alle mitwirken könnten, würden realistische Rückmeldungen für die Umsetzung einzelner Maßnahmen, auch von den Gewerbebetrieben, kommen. Einige Kommunen würden sich z.B. im Anschluss an das Klimaschutzkonzept am Projekt „Ökoprofit NRW“ (http://www.oekoprofit-nrw.de/) beteiligen. Dies sei ein netzwerkbasiertes Umweltberatungsprojekt, was Städte für die lokale Wirtschaft aufgelegt hätten.

Er gab zu bedenken, dass der Anteil kommunaler Gebäude an der $CO_{2}$-Bilanz lediglich 1% betragen würde und somit große Investitionen in der Gesamtbilanz keinen Ausschlag erzeugen würden, trotzdem solle die Kommune vorbildhaft vorangehen. Somit müsse sich die Verwaltung überlegen, ob man in die Sanierung von städtischen Gebäuden investieren würde oder in die Sensibilisierung der Privateigentümer. Es würde ergebnisoffen diskutiert werden und durch die aufgezeigten Szenarien werde zu erkennen sein, welche Maßnahmen zu welchem Ergebnis führen würden.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Herrn Mihajlovic für den einleitenden Vortrag. Die Ratsparteien hätten mit einer großen Übereinstimmung der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zugestimmt. Zum jetzigen Zeitpunkt sei die vorliegende Ausgangssituation festzustellen, also Fakten zu sammeln, eine Diskussion zu Details sei verfrüht. Sicherlich sei die SPD-Fraktion für eine Bürgerbeteiligung, jedoch nicht bevor konkrete Vorschläge vorliegen würden. Der Umwelt- und Klimaschutzausschuss werde sich weiterhin intensiv mit der Thematik auseinandersetzen und die Stadtverwaltung habe sicherlich eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Herr **Diederichs-Späh** unterstützte die Aussage von Herr Lipinski im Hinblick auf die Vorbildfunktion der Stadtverwaltung. Er regte an, ein Qualitätssiegel für Energieberater zu definieren, da es in diesem Bereich teilweise zu gravierenden Fehlberatungen kommen würde. Außerdem vermisse er die Umsetzung der Regularien aus dem Tariftreue und Vergabegesetz NRW. Hier würde es Werkzeuge geben, z.B. zum Thema $CO_{2}$-Minimierung, die eingebracht werden könnten.

Herr **Mihajlovic** stellte dar, dass die von Herrn Diederichs-Späh angeregten Inhalte aus dem Tariftreue und Vergabegesetz NRW im Klimaschutzkonzept eingebracht würden, die Entscheidung der Umsetzung allerdings der Stadtverwaltung unterliegen würde. Er erläuterte im Hinblick auf die Fragen von Herrn **Diederichs-Späh**, dass das Tool ECORegion entsprechend dem

Life Cycle Assessment, also der gesamtheitlichen Ökobilanz, alle vor- und nachgelagerten Emissionen einer Maßnahme berücksichtigen würde. Es würden alle $CO_2$-Äquivalenzen Berücksichtigung finden; allerdings würden sie unter dem Begriff $CO_2$-Emissionen zusammengefasst werden. Eine Ausweisung aller Treibhausgase würde keinen Sinn machen. Abschließend machte er nochmals deutlich, dass alle vorgeschlagenen Maßnahmen ergebnisoffen zu diskutieren seien und die endgültige Ausrichtung des Klimaschutzkonzeptes durch den Umwelt- und Klimaschutzausschuss zu beschließen sei.

Herr **Behrens** erwarte, dass das Klimaschutzkonzept eine Bestandserfassung beinhalten würde und auch evtl. die Tendenzen, Maßnahmen und Erfolge der vergangenen Jahre widerspiegeln würde. Nach Aufzeigen der möglichen künftigen Maßnahmen sei die Politik gefragt, diese umzusetzen. Im Rahmen der Umsetzung müssten mit allen öffentlichen, privaten und gewerblichen Nutzern von Energie intensive Gespräche geführt werden. Dies sei sicherlich ein aufwendiges, schwieriges und nicht immer erfolgreiches Verfahren.

Frau **Heidler** machte deutlich, dass man derzeitig noch am Anfang der Diskussionen stehe und es keinen Sinn mache, bereits über konkrete Maßnahmen nachzudenken.

Herr **Kühnapfel** äußerte sich als Lobbyist des Naturschutzbundes, dass alle Veränderung, die man besprechen würde, finanzielle Auswirkungen und Folgen für die Klimafreundlichkeit hätten. Es wäre wünschenswert, wenn im Klimaschutzkonzept auch die Umweltfolgen berücksichtigt würden.

Zu TOP 7.

Lärmaktionsplan der Stadt Kamen – 2. Stufe
Sachstandsbericht der Verwaltung

Anhand einer Präsentation, die im Ratsinformationssystem hinterlegt ist, referierte Herr **Harrach** zum Tagesordnungspunkt.

Herr **Blaschke** dankte Herrn Harrach für den Vortrag.

Herr **Diederichs-Späh** bedankte sich für den Sachstandsbericht. Die L821 (Wasserkurler Straße) sei laut den Ausführungen von Herrn Harrach im Rahmen der 2. Stufe des Lärmaktionsplanes aktuell in Bearbeitung. Es stelle sich die Frage, ob die Sanierung der Wasserkurler Straße und der Robert-Koch-Straße im Bereich von der Lindenallee bis zum Denkmal Wasserkurler Straße in den Lärmaktionsplan eingehen würde.

Herr **Liedtke** erläuterte, dass die teilweise Sanierung der Fahrbahndecke nicht im Lärmaktionsplan berücksichtigt würde. Es würden im Lärmaktionsplan die Auswirkungen der Verkehrsmengen auf der Straße ausgewiesen.

Herr **Diederichs-Späh** stellte fest, dass einige Maßnahmen aus der 1. Stufe des Lärmaktionsplanes, wie z.B. die Suggestivstreifen für Radfahrer und die Querungshilfe an der Lünener Straße, bereits umgesetzt worden seien. Er erkundigte sich nach dem heutigen Wert der Verbesserung.

Herr **Harrach** erklärte, dass für die 2. Stufe des Lärmaktionsplanes die Lärmkartierung neu aufgelegt worden sei. Aufgrund des umfangreichen Werkes des Lärmaktionsplanes könnte er im Detail nicht sagen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen in den einzelnen Straßen die Dezibelwerte verbessert hätten. Allerdings dürften die genannten Maßnahmen nicht zu hoch eingeschätzt werden. In den Ausführungen zur Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung der 2. Stufe würden der Ist-Zustand und der Stand nach der Umsetzung der Maßnahmen in Ihren Unterschieden beschrieben. Das Maßnahmenbündel sei sicherlich ausschlaggebend.

Herr **Stalz** stellte fest, dass bezüglich der Beschilderung an der Lünener Straße ein Prüfauftrag im Lärmaktionsplan ausgewiesen sei, gleichzeitig sei jedoch im Planungs- und Umweltausschuss ein SPD/CDU-Antrag zum Thema gestellt worden und konkrete Maßnahmen besprochen worden.

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass der Lärmaktionsplan eine bindende Rahmenplanung darstellen würde und einzelne Aspekte hieraus in den Fachausschüssen beraten würden. Die Beschlussfassung zu dem gemeinsamen Antrag der SPD- und CDU Fraktionen sei einvernehmlich erfolgt, derzeit würde das Verfahren laufen und eine erste Berichterstattung würde voraussichtlich im Planungs- und Straßenverkehrsausschuss am 13.11.2014 erfolgen. Aus der von Herrn Harrach vorgetragenen 2. Stufe der Rahmenplanung würden weitere Einzelmaßnahmen abgeleitet werden, die in den zuständigen Gremien beraten würden.

Auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** teilte Herr **Harrach** mit, dass der Stand vom 04.07.2014 der 2. Stufe des Lärmaktionsplanes im Internet einsehbar sei.

Zu TOP 8.

Luftreinhalteplan
Sachstandsbericht der Verwaltung

Der Inhalt des Vortrages von Herrn **Harrach** zum Tagesordnungspunkt 8 ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Für die Freie Wähler/FDP-Fraktion dankte Herr **Stalz** der Verwaltung, dass sie auf eigene Kosten Messungen durchführen würde, da nicht davon auszugehen sei, dass die Prognosen des Landes zutreffend seien. Der prognostizierte geringere Schadstoffausstoß der Fahrzeuge aufgrund von technischen Weiterentwicklungen werde durch die Erhöhung des Verkehrsaufkommens kompensiert werden.

Herr **Diederichs-Späh** bedankte sich für den vorgetragenen Zwischenbericht. Es sei zu begrüßen, dass die Schadstoffwerte, außer an der Lünener Straße, unter 40µg/m³ gesunken seien. Dieses sei ein gutes, jedoch kein bestes Ergebnis, so dass sich die Frage stelle, wie man noch mehr Schadstoffe binden könnte, damit sie nicht in die Atemluft geraten können. In diesem Zusammenhang möchte er auf die abgeschlossenen Baumaßnahmen des Landesbetrieb Straßen.NRW auf der Autobahn A1 kurz vor Münster

hinweisen, wo der Einbau von Moosen und Flechten erfolgt sei, da damit eine höhere Schadstoffaufnahme zu erreichen sei, als mit Wildbüschen und Sträuchern. Er regte daher an, auf einzelnen Beeten im Stadtgebiet Moose und Flechten anzusiedeln.

Herr **Behrens** widersprach der Anregung von Herrn Diederichs-Späh, Moose und Flechten zum Absorbieren von Schadstoffen anzusiedeln, da dies biologisch und botanisch nicht möglich sei. Sie würden sich je nach Luftqualität selber ansiedeln.

Herr **Kühnapfel** bestätigte die Ausführungen von Herrn Behrens. Moose und Flechten würden ein bestimmtes Medium für die Ansiedlung benötigen, wie z.B. Steine. Die Sporen würden über Tausende von Kilometern fliegen und sich dann an geeigneter Stelle, z.B. auf Dachpfannen, ansiedeln.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Mitteilungen

9.1.1 Baumschutzsatzung

Herr **Harrach** teilte mit, dass 2 mal pro Jahr mit der Niederschrift eine Statistik über die erteilten Fällungserlaubnisse übersandt werden würde. Außerdem würde im Umwelt- und Klimaschutzausschuss über aktuelle Fällungs- und Rückschnittmaßnahmen auf städtischen Flächen berichtet werden. Dies gelte auch für Maßnahmen außerhalb der Baumschutzsatzung im Außenbereich, wie z.B. aktuell der Freischnitt der Erdgasleitungstrasse von ThyssenGas (siehe Anlage zur Einladung).

2. Anfragen

9.2.1 Materialien aus Baumfällungen

Herr **Kühnapfel** regte an, aus Baumfällungen anfallende Baumstämme (z.B. Eiche) auf Spielplätzen zu nutzen. Es könnten zur Bereicherung der Spielplätze z.B. Kletterparcours entstehen.

Herr **Brüggemann** sagte eine Prüfung der Anregung zu.

9.2.2 Abnahme Lärmschutzwall Kamener Kreuz

Auf Anfrage von Herrn **Diederichs-Späh** erläuterte Herr **Liedtke**, dass die Abnahme des Lärmschutzwalles am Kamener Kreuz laut Mitteilung des Kreis Unna im Oktober/November 2014
erfolgen werde.

9.2.3 Flächen am Lärmschutzwall

Herr **Wortmann** erkundigte sich, ob der Bearbeitungsstreifen am Lärmschutzwall, der von dem Landwirt, Herrn Hilboll, zur Verfügung gestellt worden sei, zwischenzeitlich wieder hergerichtet worden sei.

Herr **Brüggemann** verwies auf den Wirtschaftsausschuss, der für Vertragsbeziehungen federführend zuständig sei.

9.2.3 Pflege des Lärmschutzwalles

Herr **Ebbinghaus** regte an, für den Lärmschutzwall die Möglichkeit einer Abweidung zu prüfen und auf eine Rodung zu verzichten.

Herr **Liedkte** sagte zu, diese Anregung an den Kreis Unna weiterzugeben.

## B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 10.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 11.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es wurden keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte zur Veröffentlichung freigegeben.

Herr **Blaschke** schloss die Sitzung um 18.45 Uhr.

gez. Thomas Blaschke
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke
Schriftführer